

**Protokoll**

**XI/SGR/003**

**über die öffentliche Sitzung des Samtgemeinderates  
der Samtgemeinde Baddeckenstedt  
am Dienstag, den 22.03.2022, von 18:30 Uhr bis 21:15 Uhr  
im Dorfgemeinschaftshaus Oelber, Kirchkamp 1, Oelber a.w. Wege**

**Anwesend:**

Ratsmitglied

Brandes, Bernd  
Bruer, Hans-Joachim  
Festerling, Arno  
Franzke, Tim-Oliver  
Grenz, Stephan  
Hoffmeister, Björn  
König, Henning  
Kott, Alexander  
Löhr, Norbert  
Rollwage, Sherin  
Schadler, Michael  
Scheuvens, Sebastian  
Schrader, Gerhard  
Söhnel, Nico  
Tempel, Michael  
Wagner, Kai  
Wolf, Hans-Heinrich  
Wölke, Wolfgang

SGB

Brandt, Frederik

Verw. Ang.

Kiehne, Marina

Verw. Ang. zugleich als Protokollführer/in

Vogt, Kathrin

**Abwesend:**

Ratsmitglied

Brandes, Katrin  
Bülow, Dieter  
Karbstein, Jürgen  
Sander, Martha-Theres  
von Cramm, Helena Freifrau

Vree, Friedhelm  
Waßmuß, Harm  
Wiezer, Dirk Swen

Gleichstellungsbeauftragte  
Busch, Deborah

### **Öffentliche Sitzung**

Beginn: 18:30 Uhr  
Ende: 21:15 Uhr

### **Öffentliche Sitzung**

#### **1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung des Samtgemeinderates**

---

RM König eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

RM Scheuvens merkt an, dass der eingereichte Antrag seitens der Gruppe Bündnis 90 / Die Grünen / Die Linke vom 12.01.2022 nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Zudem hätte es einen Antrag seitens der CDU gegeben, welcher ebenfalls im Januar eingereicht wurde. Der Sprecher möchte wissen, warum der Antrag nicht auf der Tagesordnung der heutigen Ratssitzung zu finden sei.

RM König erachtet dies nicht als Änderung der Tagesordnung.

RM Scheuvens weist darauf hin, dass der Antrag fristgerecht eingereicht worden sei und korrekterweise auf der Tagesordnung hätte stehen müssen.

RM König äußert, dass die Einladung korrekt sei und es lediglich um die Frage gehe, ob der TOP zu Recht nicht auf der Tagesordnung stehe.

SGB Brandt erläutert, dass am 27. Januar 2022 ein Antwortschreiben an die Gruppe Bündnis 90 / Die Grünen / Die Linke ergangen sei, in dem erklärt wurde, dass die Samtgemeinde formell nicht zuständig sei. Im Rahmen der kollegialen Zusammenarbeit habe er in diesem Schreiben darauf hingewiesen, dass der Verwaltung mitgeteilt werden solle, ob trotzdem eine Vorlage des Antrages zur Gremienberatung erfolgen solle. Diesbezüglich sei bis zum heutigen Tage keine Antwort eingegangen.

RM Scheuvens antwortet, dass die Antwort schriftlich an den SGB erfolgt sei und möchte wissen, wie jetzt weiter vorgegangen werde, da der Antrag fristgerecht und formell eingereicht worden sei.

SGB Brandt sichert zu, dass er keine Antwort erhalten habe, da der TOP sonst auf die Tagesordnung gesetzt worden wäre. Zudem schlägt der Sprecher vor, den Punkt im nächsten SGA, am 07. April 2022, auf die Tagesordnung zu nehmen, damit die Sache bereinigt werden könne.

Auch RM König unterstützt diesen Vorschlag und appelliert an die gemeinsame Verantwortung aller Ratsmitglieder, da diese sich aus genannten Gründen nicht auf das Thema vorbereiten konnten.

Nach kurzer Diskussion einigt man sich darauf, auf das Angebot von SGB einzugehen und den gestellten Antrag sowie das Antwortschreiben seitens der Verwaltung im nächsten SGA sowie in der nächsten SGR-Sitzung zu behandeln.

RM Scheuvers weist darauf hin, dass der Haushaltsplan in der heutigen Sitzung beschlossen werde und der Antrag sodann nicht einfließen könne.

RM König untermalt, dass die Verwaltung so flexibel sei, dass diese Mittel im Haushalt im Nachhinein bereitgestellt werden könnten, ohne dass es eines förmlichen Nachtragshaushaltes bedürfe.

RM Schrader beantragt, dass bei der Behandlung von TOP 6 der Gemeindebrandmeister einen Bericht über die Überführungsfahrt nach Polen von max. 5 Minuten halten solle.

RM Grenz teilt mit, dass dies den Antrag seitens der SPD-Fraktion bezüglich einer Spende des Feuerwehrfahrzeuges aus Sehlede an den Zivilschutz in der Ukraine betreffe und der Antrag hiermit zurückgezogen werde, da es vorab schon zu einer Übergabe gekommen sei. Der Bericht könne unter dem TOP Mitteilungen abgegeben werden, so wie es der SGB im Vorfeld auch schon zugesagt habe. Wer diesen letztendlich vortragen werde, sei aus Sicht der SPD-Fraktion irrelevant.

RM König lässt über die Tagesordnung abstimmen.

**BS: -mehrheitlich beschlossen-**

**Ja-Stimmen: 16 Enthaltungen: 3**

## **2. Genehmigung des Protokolls über die 2. Sitzung des Samtgemeinderates vom 14.02.2022**

---

RM Schrader merkt an, dass es unter TOP 7.2 nach § 28 a Infektionsschutzgesetz heißen müsse.

RM König lässt über das Protokoll inkl. der Änderung seitens RM Schrader abstimmen.

**BS: -einstimmig beschlossen-**

## **3. Einwohnerfragestunde**

---

### **3.1. Sachstand Arbeitsgruppe Grundschulen**

---

Fr. Bock spricht in der Position als Elternvertreterin der GS Hohenassel und geht auf die Ausstattung und die Modernisierung der Schulen ein, die auch im Schul- und Kulturausschuss immer wieder Thema seien. Das Thema Warmwasser auf den Schülertoiletten sowie die Lüftungsgeräte seien für die Eltern noch nicht ausdiskutiert worden. Zudem fehle ab Sommer 2022 ein Klassenraum in Gr. Elbe. Die Sprecherin geht auf die letzte Schul- und Kulturausschusssitzung ein, in der RM Franzke die Idee gehabt habe, einen Arbeitskreis bezüglich der Problemstellung des Klassenraumes zu gründen. Die Eltern würden diesen unterstützen. Lt. Protokoll der letzten Ratssitzung habe der Rat abgestimmt, dass der Arbeitskreis nur aus politischen Vertretern bestehen solle, hierüber seien die Eltern verwundert. Daher stellt sich die Frage, wie der Sachstand hier sei.

SGB Brandt geht darauf ein, dass der Arbeitskreis inzwischen gegründet worden sei und am 24.03.2022 ein erstes Treffen stattfinden würde, um zu erörtern, wie der aktuelle Sachstand sei. Zudem habe man sich vorerst auf die RM gestützt, damit vorab das fachliche abgesteckt werden könne. Sobald konkrete Lösungsansätze vorlägen, würden auch die Elternvertreterinnen darüber in Kenntnis gesetzt.

Fr. Bock äußert, dass in Kenntnis setzen ein Unterschied zu Mitarbeit sei.

SGB Brandt antwortet darauf, dass noch nicht gesagt werden könne, zu welchem Entschluss dieser Arbeitskreis komme. Man habe sich darauf geeinigt, dass so unbürokratisch wie möglich vorgegangen werden solle. Es seien Vertreterinnen und Vertreter aus allen Ratsgruppen integriert worden. Zudem sei es möglich die Eltern zu einem späteren Zeitraum zu beteiligen, hier könne der Sprecher aber nicht vorab für alle RM sprechen.

### **3.2. Teilnehmer Arbeitsgruppe Grundschulen**

---

Fr. Roßa (Elternvertreterin Gr. Elbe) fragt in Bezug auf das fachliche Abstecken, inwieweit die Schulleiterinnen im Arbeitskreis mit einbezogen würden, da diese über die Bedarfe etc. am besten Bescheid wüssten.

SGB Brandt äußert, dass dies ähnlich der Frage zuvor zu beantworten sei. Zudem stehe man mit der Landesschulbehörde in Kontakt und diese habe erste Informationsgespräche mit den Schulleiterinnen geführt. Es müsse abgewartet werden, zu welchem Ergebnis der Arbeitskreis komme. Der SGB geht darauf ein, dass das Thema mit vielen Emotionen verbunden sei und dies nicht außer Acht gelassen werden sollte. Sobald die ersten Möglichkeiten erarbeitet worden seien, könnten diese geteilt werden. In welchem Umfang und ob externe Personen dazu geholt werden sollten, entscheide letztendlich der Arbeitskreis.

Fr. Roßa möchte wissen, wie die weitere Planung aussehe, da der Klassenraum bereits nach den Ferien fehlen würde. Sollten Eltern oder Schulleiterinnen nicht beteiligt werden, wäre es schön, wenn die Kommunikation effektiver und transparenter gestaltet werden könne.

SGB Brandt informiert, dass der Arbeitskreis am 24.03.2022 zu einem ersten Treffen zusammen komme und dort abgesteckt werde, inwieweit die weitere Kommunikation ablaufen werde. Vor Ort Termine hätten bisher noch nicht stattgefunden, da zuerst die Fakten besprochen werden müssten. Man müsse nicht nur an einer kurzfristigen Lösung arbeiten, sondern ggfs. über mittel- bis langfristige Lösungen, zum Wohle der Kinder, nachdenken.

### **3.3. Platzproblem in den Grundschulen**

---

Fr. Schaare (Elternvertreterin Elbe) äußert, dass einige Punkte, widersprüchlich seien. Es wurde gesagt, dass es keine vor Ort Termine gegeben habe. Die Schulleitungen Sehlede und Elbe hätten die Schule im Innerstetal bereits besichtigt. Das zuständige Dezernat der Landesschulbehörde sei ebenfalls vor Ort gewesen. Es gäbe keine offene Kommunikation und auch keine Reaktionen. Daher möchte die Sprecherin wissen, warum ein Arbeitskreis mit nur politischen Mitgliedern auf politischer Ebene gegründet werden müsse und in welchem Ausschuss das Platzproblem in den letzten Jahren beratschlagt worden sei.

SGB Brandt führt aus, dass er bezüglich der zweiten Frage, aufgrund seiner kurzen Amtszeit, nicht viel sagen könne, das Thema jedoch im Schul- und Kulturausschuss sehen würde. Der Arbeitskreis sei gegründet worden, um die Politik mitzunehmen. Wird seitens der Verwaltung eine Vakanz festgestellt, müssten die Ratsvertreter informiert werden, da diese am Ende darüber beschließen müssten. Der SGB unterstreicht, dass es Besichtigungen gegeben habe, diese jedoch stattgefunden hätten, bevor der Arbeitskreis initiiert worden sei. Die Verwaltung hätte vorab geprüft, welche Möglichkeiten überhaupt zur Verfügung stehen würden. Der Termin im Innerstetal habe stattgefunden, da die Schule nicht der Samtgemeinde, sondern dem Landkreis Wolfenbüttel angehöre. Bei den Terminen wären keine Ratsmitglieder beteiligt gewesen, sondern ausschließlich die Schulleitung der Schule im Innerstetal, die Verwaltung und der LK.

### **3.4. Grundschule Sehlde**

---

Fr. Hermann (Elternvertreterin Sehlde) weist auf die Gemeinderatsitzung in Sehlde hin, wo das Thema ebenfalls thematisiert wurde. Zudem wurde auf der Sehlde Internetseite verbreitet, dass es sich nur um ein Gerücht handeln würde, dass die Schule geschlossen werde. Die Sprecherin möchte wissen, ob dies eine offizielle Seite und ob die Schulschließung in Sehlde eine Option sei.

SGB Brandt unterstreicht, dass es noch keine konkreten Maßnahmen gäbe würde. Es stünden zahlreiche Optionen und Möglichkeiten zur Debatte, die zunächst im Arbeitskreis besprochen werden müssten. Über eine mögliche Schließung von Schulen habe sich noch keiner Gedanken gemacht. Der SGB findet es schade, dass so viel Unruhe gestiftet werde. Man versuche das verloren gegangene Vertrauen sowohl in die Verwaltung als auch in den Rat zu festigen. Dies sei jedoch ein längerer Prozess, der nicht von heute auf morgen umgesetzt werden könne. Daher bittet der Sprecher um Verständnis.

### **3.5. Platzbedarf in der Grundschule Elbe**

---

Fr. Lindemann (1. Vorsitzende des Fördervereins der GS Sehlde) versteht nicht, wie es zustande gekommen sei, dass in Elbe ein Klassenraum fehlen würde. Ihrer Kenntnis nach würden Statistiken über Schülerzahlen bis ins Jahr 2028 existieren. Sicherlich gäbe es unvorhersehbare Problematiken, wie bspw. die Flüchtlingssituation, die nicht planbar seien, jedoch müsse es möglich sein, dies zu kalkulieren. Die Sprecherin fragt, warum der Arbeitskreis erst jetzt gebildet und an die Öffentlichkeit kommuniziert werde. Zudem möchte sie wissen, wie die Lösung für September, vor allen Dingen im Sinne der Kinder, aussehen solle.

SGB Brandt entgegnet bezüglich der Schülerzahlen, dass sich dies seiner Kenntnis entziehen würde. Die Schülerzahlen würden regelmäßig bekannt gegeben und seien in den öffentlichen Gremien einsehbar. In Bezug auf den Arbeitskreis unterstreicht der SGB, dass dieser Wunsch seitens der Politik geäußert wurde. Zudem würden seit Monaten Alternativen geprüft werden. Diese Vorprüfungen würden dem Arbeitskreis nun Zeit einsparen.

### **3.6. Zutrittsbeschränkungen von Gremien**

---

Hr. Kamphenkel führt aus, dass es verwunderlich sei, dass mehreren Personen die Teilnahme dieser Sitzung, aufgrund der Kapazitätsbeschränkung, verwehrt wurde und fragt nach, wie viele Personen dies betreffen würden und ob die aktuelle Corona-Verordnung, die kommunale Gremien ausdrücklich von dieser Zutrittsbeschränkung ausnehme, eingeflossen sei.

SGB Brandt weist darauf hin, dass dies im Rahmen des Hausrechtes im Vorfeld festgelegt worden sei und man seit Beginn der Corona-Pandemie so verfare, dass eine maximale Anzahl von Teilnehmern für dieses Gremium zugelassen werde. Im Grunde sei die letzte Instanz das Infektionsschutzgesetz und die Gefahrenabwehrverordnung. Bisher habe es keine Widersprüche seitens der Einwohner gegeben. Auf Landkreisebene habe man sich ebenfalls dafür ausgesprochen, auch bei Spitzenverbänden gäbe es kommunalrechtlich nichts daran zu bemängeln. Der SGB stellt fest, dass zudem mehr als 5 Zuschauer im Zuschauerraum sitzen würden, obwohl man im Vorfeld ausdrücklich das Anmeldeprozedere festgelegt habe.

Hr. Kamphenkel nimmt dies zur Kenntnis und fragt nach, wie viele Personen sich im Vorfeld angemeldet hätten, denen man vor der Anmeldefrist absagen musste und was die konkrete Rechtsgrundlage dieser Kapazitätsbeschränkung sei

Verw.-Ang. Vogt merkt an, dass zwei Personen im Vorfeld und zwei Personen vor der Sitzung abgesagt werden musste. Zwei weitere seien dazu gekommen, die sich noch im Publikum be-

finden würden. Hr. Kamphenkel habe die Sitzung erneut betreten, obwohl ihm vor der Sitzung ausdrücklich mitgeteilt wurde, dass keine weiteren Personen zugelassen werden dürften.

Bezüglich der konkreten Rechtsgrundlage betont SGB Brandt, dass diese das Hausrecht inkl. der Einladung dieser Samtgemeinderatssitzung sei.

### **3.7. Antrag Abweichung von der Geschäftsordnung**

---

RM Söhnel beantragt zur Geschäftsordnung nach § 9 Abs. 1 zum Punkt i die Abweichung von den Bestimmungen zur Geschäftsordnung und möchte nach § 18 der Einwohnerfragestunde abweichen, um eine zweiten Frage, einer anwesenden Bürgerin, anzuhören.

RM König lässt über den Antrag abstimmen.

Nach Abstimmung wird eine weitere Frage zugelassen.

**BS: -mehrheitlich beschlossen-**

**Ja-Stimmen: 14 Enthaltungen: 5**

### **3.8. Mitglieder der Arbeitsgruppe für die Grundschulen**

---

Fr. Hermann fragt nach, ob die Möglichkeit bestehe, eine Liste mit den Personen zu bekommen, die zukünftig an dem Arbeitskreis teilnehmen werden.

SGB Brandt beantwortete die Frage mit ja.

### **4. Verpflichtung und Pflichtenbelehrung der Ratsmitglieder B. Brandes, Festerling, Freifrau von Cramm, Hoffmeister, Vree und Wolf durch den Samtgemeindebürgermeister gemäß §§ 43,54 (3) und 60 NKomVG i.V.m. §§ 40 – 42 NKomVG**

---

SGB Brandt verpflichtete die Ratsmitglieder B. Brandes, Festerling, Hoffmeister, Wolf gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes für die XI. Legislaturperiode und wies insbesondere auf § 40 Amtsverschwiegenheit, § 41 Mitwirkungsverbot sowie § 42 Vertretungsverbot hin. Die Pflichtenbelehrung wurde allen Ratsmitgliedern schriftlich zur Verfügung gestellt und unterschrieben.

**Die Verpflichtung wird hiermit aktenkundig gemacht.**

### **5. Bericht über wichtige Beschlüsse des Samtgemeindeausschusses**

---

Keine.

### **6. Antrag der SPD-Fraktion zur Spende eines Feuerwehrfahrzeuges an die Ukraine**

---

**Ergebnis: Antrag zurückgezogen**

### **7. Ernennung und Entlassung von Funktionsträgern der Feuerwehren**

---

RM Schrader stellt den Geschäftsordnungsantrag die Punkte 7.1 bis 7.3 in einem Block abzustimmen.

**Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

SGB Brandt bittet die Feuerwehrkameraden nach vorn und bedankt sich bei allen, die die Ämter entsprechend ausgeführt haben oder noch ausführen werden. Der Sprecher geht darauf ein, das es heutzutage schwierig sei, Freiwillige zu finden, die solch ein Ehrenamt bekleiden würden und spricht seinen allerhöchsten Dank und Respekt aus.

Der SGB verliest nachfolgende Entlassungsurkunden:

- Patrik Franke, Ortsbrandmeister FFW Sehle
- Stefan Söchtig, stv. Ortsbrandmeister FFW Oelber a. w. W.
- Christian Heinecke, stv. Ortsbrandmeister FFW Heere
- Matthias Jäschke, Ortsbrandmeister FFW Oelber a. w. W.  
(nicht anwesend)

Der SGB verliest nachfolgende Ernennungsurkunden:

- Steffen Schwager, Ortsbrandmeister FFW Sehle
- Fabian Schmidt, Ortsbrandmeister FFW Oelber a. w. W.
- Markus Brodowsky, stv. Ortsbrandmeister (kommissarisch)  
FFW Oelber a. w. W.
- Sebastian Beims, stv. Ortsbrandmeister FFW Heere (nicht anwesend)

Stv. Gemeindebrandmeister Kassel bedankt sich ebenfalls bei allen Feuerwehrkameraden, die aus dem Amt ausscheiden und freut sich, würdige Nachfolger gefunden zu haben.

RM König unterbricht die Sitzung um 19:21 Uhr für eine kurze Lüftungspause.

#### **7.1. Ernennung und Entlassung eines Funktionsträgers der Freiwilligen Feuerwehr Sehle**

---

**BS: -einstimmig beschlossen-**

1. Aufgrund des Vorschlages der Ortsfeuerwehr Sehle wird Steffen Schwager in das Ehrenbeamtenverhältnis zum Ortsbrandmeister ernannt.
2. Aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Samtgemeinde Baddeckenstedt wird der bisherige Ortsbrandmeister Patrik Franke entlassen.

#### **7.2. Ernennung und Entlassung eines Funktionsträgers der Freiwilligen Feuerwehr Heere**

---

**BS: -einstimmig beschlossen-**

1. Aufgrund des Vorschlages der Ortsfeuerwehr Heere wird Sebastian Beims in das Ehrenbeamtenverhältnis zum stellvertretenden Ortsbrandmeister ernannt.
2. Aus dem Ehrenbeamtenverhältnis der Samtgemeinde Baddeckenstedt wird der bisherige stellvertretende Ortsbrandmeister Christian Heinecke entlassen.

### **7.3. Ernennung und Entlassung von Funktionsträgern der Freiwilligen Feuerwehr Oelber a.w. Wege**

---

**BS: -einstimmig beschlossen-**

3. Aufgrund des Vorschlages der Ortsfeuerwehr Oelber a.w.Wege wird Fabian Schmidt in das Ehrenbeamtenverhältnis zum Ortsbrandmeister ernannt.
4. Aufgrund des Vorschlages der Ortsfeuerwehr Oelber a.w.Wege wird Markus Brodowsky kommissarisch in das Ehrenbeamtenverhältnis zum stellvertretenden Ortsbrandmeister ernannt.
5. Aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Samtgemeinde Baddeckenstedt wird der bisherige Ortsbrandmeister Matthias Jäschke entlassen.
6. Aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Samtgemeinde Baddeckenstedt wird der bisherige stellvertretende Ortsbrandmeister Stefan Söchtig entlassen.

### **8. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan inkl. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022**

---

19:33 wird die Sitzung durch RM König weitergeführt.

Verw.-Ang. Kiehne geht auf den Ergebnishaushalt ein. Allein zum 1. Nachtragshaushalt 2021 ergäbe sich eine Verschlechterung von rd. 1,2 Mio. €. Die ordentlichen Erträge würden sich in Summe ggü. dem Vorjahr um 146.500 € reduzieren. Der Bereich der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen erfahre einen Rückgang von rd. 1,5 %. Die Steuerkraft der Mitgliedsgemeinden sei ggü. 2021 insgesamt um etwa 190.000 € gesunken. Die Zuweisungen im Bereich Soziales- und Jugend verringere sich ggü. dem Vorjahr um insg. 463.000 € und betrage zusammen rd. 1,9 Mio. €. Die Zuweisung vom Landkreis Wolfenbüttel für die Kitas sei im Haushalt noch mit 58 % berücksichtigt. Eine neue Vereinbarung die mittlerweile vom Kreistag beschlossen worden sei, sehe rückwirkend ab 2021 eine Erstattung in Höhe von 62 % vor. Die Sach- und Dienstleistungen würden sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 18 % erhöhen. Davon entfalle beinahe 1 Mio. € auf die Unterhaltung und Bewirtschaftung sämtlicher Grundstücke und Gebäude der Samtgemeinde Baddeckenstedt. An Grundschulen seien Unterhaltungsmaßnahmen mit einem Volumen von 179.000 € vorgesehen. Für den Bereich Kitas, Krippen- und Horteinrichtungen seien Unterhaltungsmittel von insgesamt 237.500 € berücksichtigt worden. Die höheren Transferaufwendungen seien überwiegend auf eine um 11,7 % höhere abzuführende Kreisumlage zurückzuführen. Aufgrund der gesunkenen Steuerkraft der Mitgliedsgemeinden erhalte die Samtgemeinde höhere Schlüsselzuweisungen, deren Höhe zur Berechnung der Kreisumlage herangezogen werde. Weiterhin seien im Jahr 2022 aufgrund des vorgelegten Haushaltsentwurfs der Kirche für die kirchlichen Kitas Berel und Gustedt insgesamt 401.700 € als Defizitausgleich zu zahlen. Weiter ging die Sprecherin auf die Zukunftsplanung ein. In allen drei Jahren der mittelfristigen Ergebnisplanung gelinge kein Ausgleich des Ergebnishaushaltes. Ab dem Jahr 2023 werde der Ergebnishaushalt durch Zinsaufwendungen für Kredite vom Kreditmarkt belastet. Die Investitionsvolumina belaufen sich in dem Finanzplanungszeitraum auf 3,71 Mio. € (2023), 2,92 Mio. € (2024), 493.600 € (2025). Hierbei handele es sich überwiegend um die Fortführung der Inklusionsmaßnahmen in den Grundschulen Elbe und Sehldede sowie um den Neubau von Feuerwehrhäusern, das Errichten von Löschwassersystemen und den Neubau

des Rathauses. Diese Maßnahmen seien jedoch nur durch die Aufnahme weiterer Kredite vom Kreditmarkt umsetzbar.

RM Schrader erläutert den Änderungsantrag zum Haushalt 2022, i. S. keine Reduzierung bei der Unterbringung von Flüchtlingen.

RM Scheuevens erklärt, dass der 2. Änderungsantrag eher der Situation geschuldet sei, dass der eigentliche Antrag nicht auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung sei und stellt den Antrag zur Prüfung der Umweltverträglichkeit der im Gewerbegebiet Elbe-Baddeckenstedt bei der Firma PLG gelagerten Chemikalien auf die Umwelt bei einem Großschadensfall vor.

RM Grenz befürwortet den Änderungsantrag bezüglich der Unterbringung von Flüchtlingen. Der Sprecher führt aus, dass man bei dem Änderungsantrag zur Umweltverträglichkeit nicht zustimmen könne, da hier auch inhaltliche Komponenten behandelt werden. Dieser müsse in den entsprechenden Gremien vorgebracht werden.

RM Scheuevens geht darauf ein, dass die Samtgemeinde hier zuständig sein würde, da es sich hier um eine freiwillige Leistung handele. Diese Punkte stünden zurzeit, hinsichtlich der Gesetzgebung, noch in der Schwebe.

RM Schrader stellt einen Änderungsantrag PLG Antrag, die 10.000 € mit einem Sperrvermerk bereitzustellen und zu gegebener Zeit durch den Rat freigeben zu lassen.

RM König weist darauf hin, dass Ziffer 1 des Änderungsantrages PLG in der Form heute nicht beschlossen werden könne, sondern es sich hier lediglich um Ziffer 2 handeln würde. Der Sprecher führt aus, dass Ziffer 2 vom Antragsteller so korrigiert wurde, dass entsprechende Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 € im Haushalt einzustellen und mit einem Sperrvermerk zu versehen seien, die Freigabe erfolge durch Ratsbeschluss.

RM Lühr befürwortet den Änderungsantrag bezüglich der Flüchtlinge ebenfalls und geht auf die neuen Herausforderungen des Haushaltes der Samtgemeinde ein. Der Sprecher merkt zudem an, dass es nicht angebracht sei, den neuen SGB inkl. der Verwaltung für Beschlüsse verantwortlich zu machen, die im März 2021 gefasst worden seien und für Kita-Ausfallzeiten verantwortlich zu machen, die aufgrund der Corona-Pandemie entstanden seien.

RM Wolf spricht sich für beide Änderungsanträge aus und merkt an, dass zu befürchten sei, dass das Geld bezüglich der Flüchtlingssituation nicht ausreichen werde, die Samtgemeinde dies ggfs. außerplanmäßig ableisten könne. Weiter geht der Sprecher auf die allgemeine Haushaltssituation und die Herausforderungen der nächsten Jahre ein.

RM König ergänzt die BSE des SGA um die Formulierung „für das Jahr 2022 unter Berücksichtigung der Änderungsanträge der Gruppe Bündnis 90 / Die Grünen / Die Linke vom 22.03.2022“. Zudem weist der Sprecher darauf hin, dass dies nur die Haushaltsmittel betreffen würde und nicht Ziffer 1 (Änderungsantrag PLG). Der Sperrvermerk wird ebenfalls gefasst.

#### **BS: -einstimmig beschlossen-**

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan der Samtgemeinde Baddeckenstedt wird für das Jahr 2022, unter Berücksichtigung der Änderungsanträge der Gruppe Bündnis 90 / Die Grünen / Die Linke vom 22.03.2022, in der vorliegenden Form und Fassung beschlossen.

## 9. Aktualisierung der Geschäftsordnung der Kindertagesstättenbeiräte

---

**BS: -einstimmig beschlossen-**

Die Geschäftsordnung für die Kindertagesstättenbeiräte in der Samtgemeinde Baddeckenstedt wird in der anliegenden Form und Fassung beschlossen.

## 10. Neuabschluss der Vereinbarung über die Förderung von Kindern in Kindertagesstätten im Landkreis Wolfenbüttel

---

**BS: -einstimmig beschlossen-**

Die Samtgemeinde Baddeckenstedt stimmt dem Entwurf der Vereinbarung über die Förderung von Kindern in Kindertagesstätten im Landkreis Wolfenbüttel (Anlage 1) zu.

## 11. Bestellung von Ortsvertrauenspersonen gemäß § 11 der Hauptsatzung der Samtgemeinde Baddeckenstedt

---

**BS: -einstimmig beschlossen-**

Gemäß § 11 der Hauptsatzung werden folgende Ratsmitglieder zu Ortsvertrauenspersonen bestellt:

<b>GEMEINDE BADDECKENSTEDT</b>	
OT Baddeckenstedt	RM Wolfgang Wöllke
OT Binder	Beigeordneter Hennig König
OT Oelber a.w. Wege	BGM Marc Werner
OT Rhene	RM Tim Franzke
OT Wartjenstedt	RM Reinhard Lingner
<b>GEMEINDE BURGDORF</b>	
OT Berel	Beigeordneter Norbert Löhr
OT Burgdorf mit Burgdorf-Bahnhof	RM Alexander Kott
OT Hohenassel	BGM Bernd Brandes
OT Nordassel	RM Christian Söchtig
OT Westerlinde	RM Sven Biehl
<b>GEMEINDE ELBE</b>	
OT Groß Elbe	BGM Friedhelm Vree
OT Gustedt	Beigeordneter Harm Waßmuß
OT Klein Elbe	RM Jürgen Karbstein
<b>GEMEINDE HAVERLAH</b>	
OT Haverlah mit Söderhof	BGM André Beims
OT Steinlah	Beigeordneter Hans-Heinrich Wolf
<b>GEMEINDE HEERE</b>	
	BGM Bettina Eisenbarth
<b>GEMEINDE SEHLDE</b>	
	BGM Reinhard Päsler

**12. 15. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Baddeckenstedt (Klein Elbe, Haverlah und Steinlah, Windenergie); hier: Beschluss über vorgebrachte Anregungen und Feststellungsbeschluss**

---

**BS: -einstimmig beschlossen-**

1. Über die während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen wird entsprechend dem beigefügten Abwägungskonzept beschlossen.

2. Nach Abwägung der im Planverfahren vorgebrachten Anregungen beschließt der Samtgemeinderat die 15. Änderung des Flächennutzungsplans mit Begründung.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Träger öffentlicher Belange vom Ergebnis der Prüfung zu unterrichten und die 15. Änderung des Flächennutzungsplans dem Landkreis Wolfenbüttel zur Genehmigung vorzulegen.

**13. Abschluss einer Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Wolfenbüttel zur Nutzung der gemeinsamen Zentralen Vergabestelle im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit**

---

**BS: -einstimmig beschlossen-**

Mit dem Landkreis Wolfenbüttel wird aufgrund des § 1 Abs. 1 Nr. 3 sowie der § 5, 6 und 20 des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit NKomZG eine Zweckvereinbarung zur Nutzung der gemeinsamen Vergabestelle des Landkreises Wolfenbüttel mit Wirkung zum 1.8.2022 abgeschlossen.

**14. Sachstandsbericht RVZ und MVZ**

---

SGB Brandt informiert, dass der Zulassungsantrag bei der Kassenärztlichen Vereinigung (KVN) am 18.03.2022 per Einschreiben auf den Weg gebracht worden sei. Zudem seien alle Formalitäten erledigt worden (inkl. Notartermin, Kontoeröffnung sowie Handelsregistereintrag, der veranlasst werde). Der Bauantrag für den Ärztesitz in Burgdorf werde demnächst an den Landkreis ergehen. Der Sprecher setzt die Ratsmitglieder, wie vereinbart, in Kenntnis, dass die Gesellschafterversammlung des RVZ am 04.04.2022 stattfinden werde und hier der kommissarische Geschäftsführer Herr Klaus Kubitschke als Geschäftsführer „bestätigt“ werden soll. Das MVZ wird voraussichtlich am 01.07.2022 eröffnet. Im Laufe des 2. Halbjahres solle die Eröffnung des RVZ folgen. Zudem sei eine Homepage für die Öffentlichkeit geplant, wo weitere Informationen abgerufen werden könnten. Die Gesellschafterversammlung für das MVZ werde zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt.

## 15. Sachstand zur Ukraine Hilfe

---

SGB Brandt geht auf den Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine ein. Dies sei nicht nur ein Krieg gegen die Ukraine als Land, sondern offensichtlich auch ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung und die Kinder die dort leben. Zudem werden nicht nur militärische Einrichtungen angegriffen. Der Sprecher möchte ausdrücklich seinen Dank aussprechen, an alle die Hilfe in Form von Geld- und Sachspenden leisten sowie auch Wohnraum zur Verfügung stellen und anderweitig engagiert seien. Aktuell seien 352 Personen beim Landkreis registriert, davon wurden 20 Personen (privatorganisiert) innerhalb der SG untergebracht. Der SGB geht auf das Prozedere der Zuweisung von Geflüchteten ein. Hierbei handle es sich nicht ausschließlich um ukrainische Flüchtlinge. Die Zuweisung laufe über die Landeshauptstadt Hannover für die gesamte Bundesrepublik. Dem Landkreis würden rund 18 Personen täglich zugewiesen. Die SG Baddeckenstedt miete derzeit Wohnungen an, um diese auszustatten und die Flüchtlinge entsprechend unterzubringen. Auf der Homepage der SG gäbe es aktuell eine eigene Rubrik „Ukraine“ mit Ansprechpartner und Kontaktdaten. Verw.-Ang. Melanie Ahmann ist hier die Ansprechpartnerin für den gesamten Bereich „Flüchtlinge“. Zudem sei derzeit die Sozialarbeiterin Frau Tozlu (LK Wolfenbüttel) in der Verwaltung ansässig, die tatkräftig unterstütze. Die SG sei bemüht so viel Wohnraum wie möglich anzumieten und bezugsfertig zu machen, damit die Geflüchteten zugewiesen werden könnten. Der SGB informiert, dass Sachspenden derzeit nicht angenommen werden könnten, da man keine Lagermöglichkeiten habe. Diesbezüglich solle man sich an Frau Lenk, Kleiderkammer Baddeckenstedt, wenden. Geldspenden könnten an das Spendenkonto des Landkreises gespendet werden, dies zudem alle HVBs nutzen würden. Im letzten SGA hätten sich alle Fraktionen und Gruppen dazu entschlossen, 1,00 € pro Einwohner (rund 10.000 €) an das Konto des Landkreises zu spenden. Dies wurde mit dem zuvor geschlossenen Haushalt bereits abgedeckt.

SGB Brandt berichtet, dass es einen Antrag seitens der SPD gegeben habe, das ausgemusterte Tanklöschfahrzeug der Stützpunktfeuerwehr in Sehle dem ukrainischen Zivilschutz zur Verfügung zu stellen. Zur gleichen Zeit habe es Bestrebungen in anderen Kreisen der Feuerwehren gegeben bzw. wurde eine Abfrage gestartet, ob Feuerwehrmittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Als Termin wurde der 18.03.2022 als einheitlicher Termin für ganz Deutschland festgelegt, um entsprechende Feuerwehrfahrzeuge zusammenzuziehen und an die polnisch ukrainische Grenze überführen. Um das ganze kommunalrechtlich korrekt durchzuführen hätte es, aufgrund des Antrages, eines Umlaufverfahrens im SGA und eines Beschlusses im SGR bedurft. Der SGB bedankt sich bei der SPD, die bereit gewesen sei, unter der Prämisse, dass alle Fraktions- und Gruppenvorsitzenden zustimmen würden, das Feuerwehrfahrzeug unbürokratisch zu spenden. Der Sprecher bedankt sich zudem bei allen anwesenden Ratsmitgliedern für die unbürokratische Lösung. Das Tanklöschfahrzeug sei mit fünf freiwilligen Feuerwehrkameraden, in Begleitung eines Mannschaftstransportfahrzeuges, auf den Weg geschickt worden. Zusätzlich sei das Fahrzeug mit Feuerwehrarmaturen aus dem Bereich der SG Cremlingen und mit diversen Hilfsgütern ausgestattet worden. In der Nähe von Dresden habe man sich mit anderen Feuerwehrfahrzeugen aus ganz Deutschland zusammengeschlossen, um von dort aus zur Station des polnischen Zivilschutzes zu fahren. Am Samstag, 19.03.2022 wurde das Fahrzeug übergeben. Der SGB spricht den Feuerwehrkameraden seinen allerhöchsten Dank und Respekt aus.

RM König greift die Anfrage von RM Schrader auf und fragt den stv. Gemeindebrandmeister Christian Kassel, ob der den Ausführungen des SGB aus feuerwehrtechnischer Sicht noch etwas hinzufügen möchte.

Stv. Gemeindebrandmeister Kassel führt aus, dass er dem nichts hinzuzufügen habe und dass der Gemeindebrandmeister hier federführend gewesen sei. Dieser habe sehr viel Zeit investiert, um zeitnah alles in die Wege zu leiten. Dies sei eine große Herausforderung gewesen. Das Fahrzeug sei an die polnische Grenze gebracht und an ukrainische Institutionen übergeben worden, damit die Fahrzeuge auch dort eingesetzt werden könnten, wo diese benötigt würden. Der Sprecher bedankt sich ebenfalls bei allen Beteiligten.

RM Wolf merkt an, dass im letzten SGA darüber gesprochen worden sei, dass die Sitzungsgelder des heutigen Abends gespendet werden sollten. Dieser TOP würde auf der Tagesordnung fehlen.

SGB Brandt weist darauf hin, dass dies unter dem TOP Mitteilungen behandelt werden solle. Zudem hätte der SGB erwähnt, dass RM Wolf dies im letzten SGA vorgeschlagen und angesprochen habe.

RM König schlägt vor, dass alle anwesenden RM persönlich, durch Handheben, erklären könnten, auf das Sitzungsgeld der heutigen Sitzung zu verzichten. Damit hätte man den Punkt durch pragmatisches Handeln außerhalb der Tagesordnung beschlossen.

Alle anwesenden RM erklären sich damit einverstanden.

RM König lässt über den Vorschlag abstimmen.

**- einstimmig –**

RM König unterbricht die Sitzung um 20:33 Uhr für eine kurze Lüftungspause.

20:39 Uhr wird die Sitzung durch RM König weitergeführt.

RM Scheuevens weist darauf hin, dass er den Vorschlag seitens RM Wolf aus der letzten Sitzung befürwortet habe.

RM Söhnel fragt nach, was bezugsfertig, hinsichtlich der Wohnungen für die Flüchtlinge, bedeuten würde und um was für eine Ausstattung es sich handeln würde.

SGB Brandt äußert, dass die Wohnungen entsprechend mit Möbeln, einer Küche und sanitären Anlagen ausgestattet werden würde. Der SGB spricht seinen Dank an alle Personen aus, die zudem privaten Wohnraum zur Verfügung stellen würden und weist auf die Pressemitteilung der SG Homepage hin „bei privatorganisierten Aufenthalten ist sicherzustellen, dass die Menschen auch privat für die Dauer des Aufenthaltes mit Wohnraum versorgt werden können“. Dies impliziere, dass die Flüchtlinge ggfs. mehrere Wochen/ Monate untergebracht werden müssten. Die SG sei froh, wenn sich Personen dazu bereit erklären würden, möchte jedoch auch sensibilisieren, dass man sich der Verantwortung bewusst sei.

## **16. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2021**

---

**Zur Kenntnis genommen**

## **17. Antrag der CDU/FDP Gruppe zur Einführung eines Jugendparlaments in der Samtgemeinde Baddeckenstedt**

---

RM Scheuevens merkt an, dass der vorliegende Antrag zunächst an den SGA gestellt werden müsse, um eine entsprechende Beschlussvorlage vorzubereiten.

RM König schließt sich RM Scheuevens an, möchte aber zunächst dem Antragsteller die Gelegenheit geben, den Antrag vorzustellen.

RM Lühr erläutert, dass es sich beim vorliegenden Antrag lediglich darum handele, ob dieser angenommen werde oder nicht und an welchen Fachausschuss dieser verwiesen werde. Der

Antragsteller habe zudem das Recht, den Antrag vorzustellen. Danach habe der Rat die Beschlussfassung über die Annahme oder Nicht-Annahme zu machen.

RM Franzke führt aus, dass es in dem vorliegenden Antrag um die Zukunft und Hörbarmachung von Jugendlichen und Kinder in der Kommunalpolitik gehe. Dies sei eine Pflichtaufgabe, die im NKomVG festgehalten sei. Die Verwaltung solle beauftragt werden, ein Konzept zur Einrichtung eines Jugendparlaments zu erstellen. Entsprechende Hilfestellungen und Eckpunkte, woran man sich orientieren könne, könnten bei Interesse zur Verfügung gestellt werden. Dieses Konzept solle dann dem Schul- und Kulturausschuss vorgelegt werden. Daher hofft der Sprecher, dass der Antrag angenommen werde.

RM König äußert, dass ein Änderungsantrag seitens der Gruppe Bündnis 90 / Die Grünen / Die Linke zum vorliegenden Antrag gestellt wurde, dies formal jedoch nicht möglich sei, da kein Beschluss zu dem Thema gefasst werden solle, sondern faktisch nur festgelegt werde, dass das Thema im weiteren Geschäftsgang mit den Zuständigkeiten weiterverfolgt werde.

RM Grenz merkt an, dass nicht klar verständlich sei, ob das Konzept in den Geschäftsgang gehe oder dieser Antrag vorsehe, dass ein Konzept erstellt werde und in den Geschäftsgang gehe.

RM Löhr erläutert, dass bei Annahme des Antrages, dieser grundsätzlich erst einmal zur weiteren Beratung in den Fachausschuss (Schul- und Kulturausschuss) weitergeleitet werde. Dieser könne dann auch fachlich ergänzt werden. Der Sprecher stellt klar, dass es bei dem Antrag lediglich darum gehe, ob dieser angenommen werde oder nicht, um diesen in den entsprechenden Fachausschuss weiterzuleiten.

Auch SGB Brandt äußert, dass es bei dem Antrag lediglich darum gehe, diesen zur Kenntnis zu nehmen und zur weiteren Beratung in den Schul- und Kulturausschuss zu geben. Nur hierüber würde abgestimmt werden.

#### **BS: -einstimmig beschlossen-**

Der Antrag zur Einführung eines Jugendparlaments in der Samtgemeinde Baddeckenstedt wird zu weiteren Beratung in den Schul- und Kulturausschuss gegeben.

## **18. Mitteilungen**

---

### **18.1. Mitteilungen: Ausmusterung von Fahrzeugen**

---

RM Grenz nimmt Bezug auf den gestellten Antrag und zurückgezogenen Antrag seitens der SPD-Fraktion und gibt den Hinweis, dass der Verein aus Hannover, auf den der Antrag abzielte, unbekannt gewesen sei. Zudem käme es immer wieder vor, dass Fahrzeuge ausgemustert werden würden. Man sollte die Option in Betracht ziehen, solche Fahrzeuge von dem Verein aufwerten zu lassen, damit diese bspw. auch in anderen Ländern noch gute Dienste leisten könnten. Daher bittet der Sprecher die Verwaltung, in Falle einer Ausmusterung eines Fahrzeuges politisch zu entscheiden, ob Verkaufserlöse dafür erzielt werden oder in einen anderen Zweck hineingegeben sollten.

SGB Brandt bittet darum, bei einer Neuanschaffung eines Fahrzeuges, dies ebenfalls zu erwähnen.

RM Grenz merkt an, dass dies auch im Ausschuss für Feuerschutz und Öffentliche Sicherheit erfolgen könne und im Geschäftsgang berücksichtigt werden sollte.

## **18.2. Mitteilungen: Zutrittsbeschränkungen von Ratssitzungen während der Corona-Pandemie**

---

RM Grenz kritisiert die Besucher-Legitimierung der öffentlichen Sitzungen während der Corona-Pandemie. Der Sprecher bittet darum, zukünftig nach Alternativen zu suchen und andere Optionen wie bspw. größere Räumlichkeiten oder auch die Maskenpflicht im Rahmen des Hausrechtes in Erwägung zu ziehen.

## **19. Anfragen**

---

### **19.1. Anfragen: Corona-Verordnung und Infektionsschutzgesetz**

---

RM Schrader teilt mit, dass das Infektionsschutzgesetz geändert worden sei. Derzeit gäbe es eine Übergangsregelung, in der die Länder bis zum 02.04.2022 Verordnungen erlassen könnten. Der Sprecher fragt nach, wie die Verwaltung damit umgehen werde, wenn die Corona-Schutzverordnung auslaufe (im Hinblick auf die Maskenpflicht, 3G-Regelung etc.).

SGB Brandt antwortet drauf, dass sich die Verwaltung regelmäßig mit dem Landkreis Wolfenbüttel, den anderen HVBs und der Landrätin abstimme. Derzeit befinde man sich noch im Abstimmungsprozess, daher könnten noch keine konkreten Aussagen getroffen werden. Der SGB geht davon aus, dass sich aufgrund der hohen Inzidenzen, an der Maskenpflicht nichts ändern werde. Bezüglich des Zuganges zum Rathaus habe es eine entsprechende Pressemitteilung gegeben, ob dies zukünftig für den Besucherverkehr geöffnet bliebe, sei noch unklar.

### **19.2. Anfragen: Präsenz der örtlichen Zeitungen - Informationen für die Öffentlichkeit**

---

RM Wolf kritisiert, dass die Präsenz der örtlichen Zeitungen in der letzten Zeit sehr gering gewesen sei und möchte wissen, ob diese seitens der Verwaltung eingeladen worden seien. Zudem bittet der Sprecher, Gespräche mit den Verantwortlichen der ortsansässigen Zeitungen (HAZ + SZ) zu führen.

SGB Brandt teilt mit, dass die Pressestellen seitens der Verwaltung bedient und mit entsprechenden Informationen versorgt werden würden, daran hätte sich auch jetzt nichts geändert. Zudem fügt der SGB hinzu, dass zukünftig eine Art Pressestelle in der SG Verwaltung geschaffen werden soll, die sich zusätzlich auch mit solchen Themen befassen werde und noch enger in den Austausch mit den Pressevertretern geht sowie Pressemitteilungen erstellt.

## **20. Einwohnerfragestunde**

---

Keine.

RM König beendet die Sitzung um 21:15 Uhr.

Brandt  
Samtgemeindebürgermeister

König  
Stv. Ratsvorsitzende(r)

Vogt  
Protokollführer/in